Beschluss der NaturFreunde Rheinland-Pfalz:

Schützt unsere Böden - Stoppt den Flächenverbrauch!

Rheinland-Pfalz ist eines der wenigen Flächenländer, die das auf Landesebene runter gebrochene Bundesziel beim Flächenverbrauch bis 2030 (1,6 Hektar pro Tag) bereits erreicht hat. Allerdings sind die Bundesziele mit 30 Hektar pro Tag bis 2030 und ein Netto-Null Flächenverbrauch bis 2050 wenig ambitioniert. Rheinland-Pfalz möchte den Flächenverbrauch bis 2030 auf unter einen Hektar pro Tag reduzieren. Schon heute steht es allerdings Spitz auf Knopf. Die Artenvielfalt nimmt in erschreckendem Maße ab. Ökosystemdienstleistungen wie Bestäubung, natürliche Schädlingskontrolle, natürliche Bodenfruchtbarkeit, Kaltluftproduktion, die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser usw. sind gefährdet. Alles dies lässt sich auf die fortlaufende Inanspruchnahme von naturnahen Flächen und die Art und Weise der Nutzung der Böden zurück führen. Auch viele Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen stützen sich auf natürliche Bodenfunktionen, die bei Versiegelung verloren gehen.

Wir brauchen einen Netto-Null Flächenverbrauch spätestens bis 2030! Der enorme Flächenverbrauch und die nicht-nachhaltige Nutzung der Böden weltweit hängen eng mit der Klima-, Ernährungs- und Biodiversitätskrise zusammen und widersprechen damit einer sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft.

Daher fordern wir die rheinland-pfälzische Landesregierung auf:

1. Die Flächenkreislaufwirtschaft (Netto-Null-Flächenverbrauch) bereits bis 2030 umzusetzen und so schnell wie möglich mit Übergangslösungen zu beginnen
2. Eine Strategie der Mehrfachnutzung der Fläche konsequent zu verfolgen, entsprechende Forschungsvorhaben zu fördern und die Umsetzung guter Mehrfachnutzungskonzepte stark voranzutreiben (z. B. Gewerbe + Wohnen/Verwaltung + Erneuerbare Energien/Begrünung)
3. (Stärkere) Kontrollen und mehr Unterstützung bei der Umsetzung des Grundsatzes Innen- vor Außenentwicklung einzuführen
4. Ein intelligentes, auf Nachhaltigkeitsaspekte ausgelegtes System für die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden zu entwickeln
5. Den Themen Wohnflächensuffizienz und Ressourcenschutz viel höhere Priorität einzuräumen
6. Flächensparendere Konzepte anderen vorzuziehen, auch wenn die unmittelbaren Kosten und der Aufwand höher sind (z. B. Photovoltaik auf bereits versiegelten Flächen vor Freiflächen-Photovoltaik) → Bei flächenverbrauchenden Maßnahmen müssen in der Nutzen-Kosten-Analyse stets auch die möglichen Folgekosten mit einberechnet werden (Umweltkosten etc.)
7. Die Belange des Bodenschutzes in der Raumordnungsplanung als großräumiges Steuerungsinstrument zu stärken
8. Keine Bodenschutzgebiete auszuweisen, sondern einen hohen Schutzstatus für alle natürlichen Böden einzuführen
9. Eine regenerative, humusaufbauende und biodiversitätsfördernde Landwirtschaft viel stärker als bisher voranzutreiben

Die NaturFreunde Rheinland-Pfalz setzen sich für den Bodenschutz ein, indem sie:

1. als Mitglied im Bundesbündnis Bodenschutz Aktivitäten des Bündnisses unterstützen
2. sich auf landespolitischer Ebene gegen weitere Bodenversiegelung ohne entsprechende Entsiegelung und unnötigen Flächenverbrauch einsetzen und Ortsgruppen auf lokaler Ebene bei entsprechenden Vorhaben unterstützen
3. regenerative, humusaufbauende und biodiversitätsfördernde Landnutzungsformen propagieren

Begründung

Flächenverbrauch bezeichnet die Umwandlung insbesondere von landwirtschaftlichen oder naturbelassenen Flächen in „Siedlungs- und Verkehrsfläche“. Laut dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit werden im Moment in Deutschland täglich rund 52 Hektar als Siedlungsflächen und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Da der Flächenverbrauch ein schleichender Prozess ist, nehmen Bürger und selbst politische Entscheidungsträger dieses Problem kaum wahr.

Negative Folgen des zunehmenden Flächenverbrauchs sind:

- Verdichtung, Versiegelung und Umlagerung von Boden
- Verlust von fruchtbaren Böden für die Landwirtschaft
- Verlust von Lebensräumen für Flora und Fauna
- Verlust von Fläche für den Landschaftsschutz und die Erholung
- Zerschneidung und Entstehung von Barrieren in der Landschaft
- Geringere Wasserversickerung und Grundwasserneubildung
- Verschärfung der Hochwassergefahr
- Verändertes Kleinklima
- Zersiedelung mit kostspieliger Infrastrukturbereitstellung

Fläche kann man im eigentlichen Sinne natürlich nicht verbrauchen, aber u. a. natürliche Bodenfunktionen und für den Naturschutz wichtige Lebensräume schon. Die Qualität und insbesondere die Leistungsfähigkeit der Böden im Ökosystem müssten viel stärker berücksichtigt werden. Eine Bewertung der Böden allein nach Fruchtbarkeit und Bodenpunkten sind für den Natur- und Klimaschutz nicht zielführend. Gerade magere Böden weisen oft artenreiche Pflanzen- und damit assoziierte Tiergemeinschaften auf. Alle Böden und gerade die Vielfalt der Böden sind unbedingt schützenswert. Böden sind nicht künstlich herstellbar, vielmehr sind sie das Ergebnis extrem lang andauernder bodenbildender Prozesse und damit ist der Boden eine endliche Ressource. In den letzten Jahren rückt vor allem die Bedeutung der Böden als weltgrößter Kohlenstoffspeicher in den Fokus. Einmal versiegelt, verlieren Böden ihre natürlichen Funktionen.

Der Flächenverbrauch ist allerdings nicht gleichzusetzen mit Flächenversiegelung. Siedlungsflächen und Verkehrsflächen umfassen neben den versiegelten Böden zum Beispiel auch Erholungsflächen. Stadtparks sind allerdings ökologisch weniger wertvoll als zusammenhängende, naturbelassene Grünflächen. Eine amtliche Statistik zu den wirklich versiegelten, d. h. bebauten Flächen gibt es nicht. Im Jahr 2018 waren nach Schätzungen der Länder rund 45 % der Siedlungs- und Verkehrsflächen versiegelt. Mit der Flächeninanspruchnahme wird nicht nur Freiraum umgewidmet, wichtige Bodenfunktionen zerstört, sondern oft auch Landschaft durch Beeinträchtigung und Entwertung "verbraucht". Also auch Landschaftsschutz und ästhetische Aspekte spielen hier eine Rolle.

Das Thema Flächenverbrauch hängt ganz eng mit dem Erhalt der Biodiversität und dem Klimaschutz zusammen. Daher hat das Thema sowohl in der Nachhaltigkeitsstrategie, in der Nationalen Biodiversitätsstrategie und im Klimaschutzplan 2050 Eingang gefunden. Allerdings fehlt es hier an rechtlicher Verbindlichkeit. Das Baugesetzbuch hat den Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung rechtlich verankert. Dieser Rechtsgrundlage steht allerdings z. B. der 2017 befristet eingeführte Paragraph 13 b Baugesetzbuch (BauGB) entgegen, der trotz großer Widerstände bis Ende 2022 verlängert wurde. Auch das Bundesbodenschutzgesetz wird nicht ausreichend beachtet. Dabei sind wir schon mitten drin in der Klima- und Biodiversitätskrise. Die Naturschutzflächen sind schon heute zur europäisch geforderten Stabilisierung von Gewässern, Arten und Lebensräumen unzureichend. Immer mehr landwirtschaftliche Flächen gehen verloren. Daher müssen flächenpolitische Ziele deutlich angezogen und rechtlich verbindlich verankert werden.

Der Gebäudebestand macht rund ein Drittel der bundesdeutschen Treibhausgasemissionen aus. Seit den 1960er Jahren bis heute hat sich die Pro-Kopf-Wohnfläche mehr als verdoppelt, von 19 m² auf

heute 47 m². Energieeinsparungen durch energetische Sanierungsmaßnahmen werden zu großen Teilen durch die Zunahme der zu beheizenden Fläche wieder relativiert. Das Thema Wohnflächensuffizienz wird bislang in Politik, Forschung und Gesellschaft nicht ausreichend diskutiert. Dabei ist das Thema nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus sozialer Sicht wichtig. Eine Umfrage im Rahmen des Forschungsprojekts „Lebensräume“ hat gezeigt, dass von älteren Menschen bewohnte Häuser oft viele ungenutzte Räume bis hin zu ungenutzten Einliegerwohnungen aufweisen, trotz des Wunsches der Bewohner nicht alleine zu wohnen und nach Unterstützung im Haushalt.

Das Ziel der Bundesregierung ist es, den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag bis 2030 zu senken und bis 2050 den Netto-Null-Flächenverbrauch (Flächenkreislaufwirtschaft) zu erreichen. Flächenkreislaufwirtschaft bedeutet, dass neue Fläche nur versiegelt werden darf, wenn eine gleich große Fläche zum Ausgleich der Natur zurückgegeben wird. Wir NaturFreunde schließen uns allerdings der Empfehlung des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) an, dass das Netto-Null-Hektar-Ziel bereits bis 2030 erreicht werden sollte (Umweltgutachten 2016). Als Übergangslösungen kommen der Handel mit Flächenzertifikaten oder Wohnflächenmoratorien für stark schrumpfende Regionen in Frage.

Allgemein sollten erst Leerstände, Innenentwicklungs- und Mehrfachnutzungspotenziale vollständig ausgeschöpft werden, bevor Neubaugebiete am Orts-/Stadtrand entstehen. Modellierungen zeigen, dass sich der Material- und Rohstoffeinsatz zur Schaffung neuer Wohneinheiten nahezu halbieren und der Flächenbedarf sogar auf bis zu ein Drittel reduzieren lässt, wenn strikt eine Strategie der vertikalen und horizontalen Nachverdichtung verfolgt wird und Leerstände konsequent genutzt oder umgenutzt werden, anstatt dem „Bauen auf der grünen Wiese“. Wenn das Bauen im Außenbereich aus sozialen Gründen in manchen Regionen unbedingt notwendig ist, sollte das Thema Mehrfachnutzung rechtlich verbindlich verfolgt werden. Außerdem sollte die Außenentwicklung in Zusammenarbeit von Kommunen geplant werden, um Konkurrenz zu vermeiden und den Flächenverbrauch auf das Nötigste zu reduzieren.

Das grundlegende Problem ist, dass die Kommunen von weiterem Flächenverbrauch über zusätzliche Grund- und Gewerbesteuern profitieren. Die Grund- und Gewerbesteuer fördern damit Flächenneuanspruchnahme und stehen einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Vielmehr bräuchte es ein intelligentes, auf Nachhaltigkeitsaspekte ausgelegtes System für die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden. Der Erhalt der Böden und naturnaher Strukturen und Renaturierungsmaßnahmen sollten in Zeiten des Klimawandels und Artensterben für die Städte und Gemeinden lukrativer sein als weiterer Flächenverbrauch.

Bei dem Thema Reduzierung von Flächenverbrauch muss es in den Städten primär um die Aufwertung von Innenstädten und innenstadtnahen Lagen gehen. Wir brauchen innovative und intelligente Raumplanungskonzepte, die ökologische, ökonomische und soziale Belange zusammenführen, die das Bedürfnis nach mehr Grün und mehr Ruhe in der Stadt bedienen und den Spagat zwischen mehr Verdichtung und mehr Grünflächen schaffen (doppelte Innenentwicklung). Bereits versiegelte Flächen müssten viel stärker in Mehrfachnutzung überführt werden (z. B. Gewerbe + Wohnen/Verwaltung + Erneuerbare Energien). Für die Anpassung an den Klimawandel ist, gerade im urbanen Raum, die Entsiegelung von Flächen dringend notwendig. Außerdem muss der Wohnraum in der Stadt wieder bezahlbar werden. Wenn die Bodenpreise in den Städten hoch sind, ist es kein Wunder, dass sich der Flächenverbrauch an den Stadträndern konzentriert und so Speckgürtel entstehen. Auch im ländlichen Raum kommt der Stärkung von Ortskernen und der Sanierung/Umnutzung bzw. dem Neubau von Leerständen im Rahmen der Innenentwicklung eine besondere Rolle zu. Der Neubau kann durch moderne, energiesparende Bauformen einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen. Allerdings muss der Trend der Außenentwicklung auf Kosten von immer mehr Acker- und Grünland gestoppt werden. Betrachtet man die Bodennutzung insgesamt, so zeigt sich, dass vor allem die landwirtschaftliche Fläche abnimmt. Somit nimmt der Bewirtschaftungsdruck auf die verbleibenden Flächen immer mehr zu. Der Fokus muss auf dem Neubau, der Umnutzung und der Weiterentwicklung des bereits bestehenden

Gebäudebestands liegen. Allerdings muss auch immer der Ressourcenschutz beachtet werden. Wir kommen um eine Suffizienz-Strategie nicht herum. Viele nachhaltige Konzepte sind schon da. Hier braucht es den politischen Willen diese und weitere zu fördern.

Mit dem Netto-Null-Ziel bis 2050 ohne tragfähige Strategie verschieben wir die Problemlösung mal wieder auf Kosten kommender Generationen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von Ende April 2021 zeigt, dass ein solches Vorgehen sowohl moralisch als auch rechtlich nicht tragbar ist. Im Moment sieht es aber eher so aus, als würde sich der Konflikt um Fläche und der Umnutzungsdruck von Flächen in Zukunft weiter verschärfen. Auch die Energiewende, Klimaanpassungsmaßnahmen und die Produktion von nachhaltigen Rohstoffen benötigen Fläche, die zu diesen Zwecken umgenutzt werden müssen. Die Erneuerbaren Energien sind entscheidend für den Klimaschutz, sie verbrauchen aber mehr Fläche als die Nutzung von fossilen Energieträgern. Eine Untersuchung des Potsdamer Nachhaltigkeitsinstituts IASS (Institute for Advanced Sustainability Studies) zeigt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien auf 100 % am kostengünstigsten bewerkstelligt werden würde durch die Kombination von Windparks an Land und Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Der dafür benötigte Flächenbedarf betrüge zwei Prozent der Gesamtfläche Europas, eine Fläche so groß wie die von Portugal. Alternativen wären die Offshore-Windkraft, große Solarparks sowie auf Hausdächern installierte Solaranlagen. Eine Kombination aus diesen drei Alternativen könne die benötigte Fläche um ungefähr die Hälfte reduzieren. Zusatzkosten hingen von der favorisierten Technik ab. Offshore-Windkraft wäre die kostengünstigste Alternative. Die Solardach-Variante wäre die flächensparendste und verbrauchernächste, aber teuerste Variante (maximal 20 % Mehrkosten). Wir müssen uns als Gesellschaft also entscheiden, was uns der Schutz der Fläche vor Umnutzung Wert ist. Wir sagen: Es sollte uns das Geld wert sein! Besonders weil die Folgekosten nicht mit einberechnet werden. Hier wäre eine umfassende Technikfolgeabschätzung extrem wichtig. Jeder Hektar zusätzlicher Flächenverbrauch und andere nicht nachhaltige Maßnahmen werden die Klimaschutz- und Klimaanpassungskosten in die Höhe treiben. Auch bei dem Thema erneuerbare Energien ist die Mehrfachnutzung und die Nutzung von Synergieeffekten ein entscheidender Faktor. Agri-Photovoltaik z. B. könnte für manche Kulturen durchaus sinnvoll sein. Je abgelegener die erneuerbaren Energien erzeugt werden, desto größer ist der ökologische Fußabdruck, der bei der Errichtung der Anlagen entsteht. Die momentane Entwicklung beim Ausbau der Solarenergie läuft in großen Teilen den im LEP IV formulierten Zielen zu „Energieeinsparung und Energieeffizienz“ (Leitbild Nachhaltige Energieversorgung), zur Minimierung von Landnutzungskonflikten bzw. Lösung raumordnerischer Konflikte (Zu G 161) und zur dezentralen Eigenversorgung (zu G 168 b) entgegen. Die Auslotung und Umsetzung des Eigenversorgungspotenzials muss Vorrang haben. Es muss eine Solarpflicht für alle geeigneten Dächer und versiegelten Flächen geben, auch im Bestand! Es ist absolut widersinnig die Energiewende und Klimaschutz über weitere Ausweisungen von Wohn-, Industrie- und Gewerbegebieten und Sondergebieten für Solarstromgewinnung, also durch weiteren Flächenverbrauch, voran bringen zu wollen. Lokale Energieunternehmen könnten, wo gewünscht, durch Anpachtung der Flächen und Bau der Solaranlagen Immobilienbesitzer entlasten. Ein dezentraler Ausbau erneuerbarer Energien auf vorrangig bereits versiegelter Fläche ist politisch gewollt, wird aber nicht umgesetzt. Die Konkurrenz der Fläche für die Energiewende und für den Natur- und Biodiversitätsschutz muss so gering wie möglich gehalten werden.

Beschlossen auf der Landeskonzferenz am 1. und 2. Oktober 2022; Antrag eingereicht durch die Fachgruppe Umwelt